

**Stellungnahme der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu dem Antrag der Firma Weidbusch GmbH & Co. KG auf Erteilung einer Genehmigung gem. §§ 4 und 6 BImSchG zur Errichtung und zum Betrieb von sechs Windenergieanlagen, so wie den Forstinteressenten Antfeld auf Errichtung weiterer 7 Anlagen.**

Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN hat sich ebenso wie die beiden anderen Fraktionen ausführlich und intensiv mit der Thematik beschäftigt.

Bereits seit mehr als 3 Jahren setzen wir uns mit der Thematik des Für und Wider der Energiewende auseinander. Der Argumente wurden, so glaube ich, genug ausgetauscht.

Für unsere Fraktion steht es von Beginn der Planungen an, bis zum heutigen Tag, außer Zweifel, dass auch wir hier im Sauerland unseren Teil zur Energiewende beitragen müssen. Wir können nicht so tun, als säßen wir hier auf einer einsamen Insel und die Probleme der Zukunft werden anderswo gelöst. In Garzweiler oder z. B. in der Lausitz vernichtet der Braunkohletagebau ganze Ortschaften. 72 Prozent der Bruttostromerzeugung hierzulande basieren auf den klimaschädlichen Energieträgern Braun- und Steinkohle. Trotzdem sind allein in NRW 11 neue Kraftwerke, wo die Klimakiller Braun- oder Steinkohle verbrannt werden, geplant.

Da können wir uns doch nicht hinstellen und sagen, dass uns das alles nichts angeht!

Es ist auch uns klar, dass sich das Landschaftsbild durch die Errichtung von Windkraftanlagen verändert. Auch sind Eingriffe in die Natur unumgänglich. Die Politik und auch der große Teil unserer Gesellschaft haben sich jedoch dazu entschieden, dass die Atomkraftwerke im Jahr 2022 abgeschaltet werden und es gibt auch einen breiten Konsens darüber, die Braunkohlekraftwerke nach und nach aufzugeben.

Glaubt hier wirklich Irgendjemand, dass die Windräder zu verhindern sind?

Wir werden die Windkraftwerke nicht verhindern können und wir von Bündnis 90/DIE GRÜNEN wollen dies auch gar nicht. Wir können lediglich dafür sorgen, dass diese Anlagen sich auf wenige Flächen konzentrieren und den gesetzlichen Vorgaben entsprechen.

Ich möchte hier nicht die ganzen Handlungsoptionen, wie man jetzt mit der vorliegenden Problematik umgehen kann oder sollte, wiederholen. Dies ergibt sich aus der sehr umfangreichen Vorlage 108/2015. Aber ein paar Anmerkungen dazu habe ich noch:

Wie ich ja bereits gesagt habe, sind mittlerweile 3 Jahre Planungen ins Land gegangen, ohne eine Entscheidung zu treffen.

Auf Grund der Planungen der obigen Investoren in Antfeld partizipiert ein großer Teil der Gemeinde an diesen Anlagen. Es gibt daher auch nur wenig Konfliktpotenzial. Warum sollten wir dann dem in einer e-mail vom 23.10.2015 vom „Verein für Umwelt- und Naturschutz Hochsauerland e.V.“ den Ratsmitgliedern unterbreiteten Vorschlag folgen, der auf eine klare Verhinderungstaktik hinausläuft?

Unser Wunsch wäre vielmehr:

Den Investoren endlich Planungssicherheit verschaffen! Wir plädieren dafür, den für eine Genehmigung schnellstmöglichen Weg zu wählen. Eine Genehmigung muss noch im Jahr 2016 erteilt werden. Ab dem Jahr 2017 wird es ein neues Modell zur Ermittlung des Strompreises für die Erneuerbaren Energien geben. Diese Ausschreibungsmodelle bevorteilen kapitalstarke Akteure und bremsen Bürgerenergieprojekte aus. Eine weitere Verzögerung bzw. das Eintreten in das „Planverfahren“ (Teiländerung des FNP Energie“) würde ggfls. dazu führen, dass die jetzigen Projektentwickler lt. ihren Aussagen am vergangenen Freitag, ihr Vorhaben voraussichtlich aufgeben und ein großer Investor würde dann das Projekt fortführen.

Diese Aussichten würden uns blühen und hiermit wäre wohl den wenigsten gedient!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!